

„Welt im Wandel – wie wir zukunftsfähig bleiben“ Von der Generalversammlung am 24.11.2014

„Made in Germany“ ist ein weltweit angesehenes Qualitätsmerkmal. Damit es auch zukünftig so bleibt, braucht es vor allem eines: Innovationen. Darin waren sich alle Redner bei der Generalversammlung des Wirtschaftsbeirates Bayern einig. Als Festredner sprachen nach der Eröffnung durch Vizepräsident Prof. Dr. Stephan Götzl, Staatsministerin Ilse Aigner und der BMW-Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Dr. Joachim Milberg zu den gut 800 Teilnehmern. Das Großtreffen von Wirtschaft und Politik am Jahresende stand auch im Zeichen des 100. Geburtstags von Dr. Georg Haindl.



Dr. Dieter Soltmann

Erinnerung an den Gründer und langjährigen ersten Präsidenten des Wirtschaftsbeirates der Union e.V.: Der Ehrenpräsident des Wirtschaftsbeirats, Dr. Dieter Soltmann, hielt die Laudatio auf den 1970 verstorbenen Dr. Georg Haindl. Soltmann würdigte

ihn in einer ebenso noblen wie bewegenden Gedenkrede als „anregendes, aufmunterndes und mahnendes Vorbild“. Am 1. Dezember wäre Dr. Haindl 100 Jahre alt geworden: „Wir schulden ihm Respekt, Dank und Erinnerung.“

Vizepräsident Prof. Dr. Stephan Götzl führte in den Nachmittag ein. „Deutschland geht es gut, Bayern geht es besser“, resümiert er rund ein Jahr nach der Bundestagswahl und der bayerischen Landtagswahl. Doch er schickte gleich eine Warnung hinterher. Mittlerweile habe eine „gewisse Satttheit“ das Land erreicht. „Von Offensivgeist ist im Moment wenig nichts zu spüren.“

Mehr „Mut zur Veränderung“ sei gefordert. Die Große Koalition müsse vom „Wohlfühl- und Verteilungs- in den Wachstumsmodus“ umschalten. Mit Stillstand sei die Zukunft nicht zu gewinnen. Der WBU-Vize sah auf sechs Feldern akuten Handlungsbedarf:

Erfolgreiche Gestaltung der Energiewende

Eine erfolgreiche Energiepolitik müsse sich an der Verlässlichkeit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit messen lassen. Mehr als drei Jahre nach Fukushima gebe es noch viele ungelöste Probleme wie den notwendigen Ausbau der Höchstspannungsnetze, die kostengünstigere Erzeugung regenerativer Energien, ein tragfähiges Kapazitätsmarktdesign und die Stromspeicherung. Verhindert werden müsse unter allen Um-

ständen eine schleichende Deindustrialisierung. „Gerade für Bayern geht es dabei um viel“, fügte er hinzu.



Prof. Dr. Stephan Götzl

Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur

Die Infrastruktur in Deutschland ist nach Götzls Ansicht seit Jahren „völlig unterfinanziert“. Man müsse im Grunde mindestens sieben Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich ausgeben, um allein die Verkehrsinfrastruktur auf den modernsten Stand zu bringen. Im Koalitionsvertrag sei aber nur von fünf Milliarden Euro in der gesamten Legislaturperiode die Rede: „Immerhin etwas, aber zu wenig“, findet der WBU-Vizepräsident, der sich deshalb auch für eine stärkere private Finanzierung im Rahmen von ÖPP-Modellen aussprach.

Schnelles Internet sei ein Muss – auch für die ländlichen Räume. Breitbandanschlüsse mit wenigstens 50 Mbit sollten die Regel werden. Die finanzielle Förderung Bayerns >>

„Wir wünschen allen Mitgliedern ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr.“



„Wer in absehbarer Zeit eine Firma (oder auch nur Anteile daran) zu vererben hat, sollte sich spätestens jetzt auf den Weg zum Steuerberater oder Rechtsanwalt machen.“ (FAZ vom 09.07.2014)

Die Kanzlei STEINPICHLER konzentriert sich auf das Wirtschaftsrecht. Ein besonderer Schwerpunkt gilt dabei der Beratung bei der **Unternehmensnachfolge**. Gerne begrüßen wir Sie zu einem unverbindlichen Gespräch.

STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT

STEINPICHLER Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz
80333 München | Tel.: 089 / 212 68 52-0
info@steinpichler.de | www.steinpichler.de

>> mit rund 1,5 Milliarden Euro nennt Prof. Dr. Götzl „vorbildlich“. Deutschland und die EU müssten dringend nachlegen.

Innovations-, Investitions- und Gründeroffensive

Der globale Wettbewerb werde sich weiter verschärfen, Strukturbrüche blieben an der Tagesordnung, konstatierte Götzl. Die USA seien auf der Basis niedriger Energiepreise dabei zu reindustrialisieren. Fernost dränge zunehmend in Bereiche der Hochtechnologie. Vor allem die Digitalisierung revolutioniere viele Geschäftsmodelle und Wirtschaftszweige. Er zog daraus die Schlussfolgerung: „Wir brauchen eine klare Vorwärtsstrategie, d.h. mehr Innovationen, mehr Investitionen und mehr Gründungen. Die Nettoinvestitionen in Deutschland lägen nur noch bei 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. „Kläglich wenig“, findet der WBU-Vizepräsident. Die Politik sei gefordert, durch Steuerboni auf F&E-Aufwendungen, die Wiedereinführung der degressiven Afa, aber durch die Abschaffung der kalten Progression gegenzusteuern. Götzl plädierte in diesem Zusammenhang auch für den Abschluss des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsschutzabkommens.

Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt

Er warnte davor, die positiven Beschäftigungseffekte der Hartz-Reformen durch neue Verkrustungen zu gefährden, wie sie im ersten Jahr der Großen Koalition u.a. mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns beschlossen worden seien. Das beste Instrument im Kampf gegen Armut sei Bildung und nicht die arbeitsmarktpolitische Regulierung. Die Rente mit 63 für langjährig Versicherte bezeichnete Götzl als Fehler, die Flexirente, über die in diesem Zusammenhang auch diskutiert werde und die auf Vorschläge des Wirtschaftsbeirats zurückgehe, als richtig und wichtig.

Stabilisierung der Finanzarchitektur

Götzl plädierte dafür, den Finanzsektor unter Einschluss der Schattenbanken und Hedgefonds besser zu regulieren. Die Regulierung müsse „mit Augenmaß“ erfolgen und dürfe die Kreditvergabefähigkeit des Bankensystems nicht gefährden. Die Kreditfinanzierung sei und bleibe das klassische Finanzierungsinstrument für den deutschen Mittelstand. Sparkassen sowie Volks- und Raiffeisenbanken würde keine Schuld an der Finanzkrise treffen. Deshalb sei auch allgemeines „Banken-Bashing“ töricht.

Überwindung der Schuldenkrise in Europa

Die Reformen in Europa müssten mit Nachdruck weiter vorangetrieben werden, forderte der WBU-Vizepräsident: „EZB-Präsident Mario Draghi habe den Krisenstaaten

mit einer Politik des leichten Geldes Zeit erkaufte.“ Langfristig sei das aber nicht die Lösung, sondern gefährlich. Nach Berechnungen des Ifo-Instituts habe die „finanzielle Repression“ die deutschen Sparer bereits jetzt etwa 240 Milliarden Euro gekostet: „Jedes Land ist für sich selbst verantwortlich“, betonte Götzl. Solidarität könne und dürfe nie mehr sein als Hilfe zur Selbsthilfe.

Ilse Aigner: Bayern ist zukunftsfähig

Nach Götzl trat die Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, ans Rednerpult. Ihr Thema: „Bayern: Zukunft gestalten statt Wohlstand verwalten“. Gleich zu Beginn unterstrich sie: „Bayern ist „zukunftsfähig“. Wir sind eine Insel wirtschaftlicher Stärke und Wettbewerbsfähigkeit.“ Dennoch sah auch Aigner beträchtliche Herausforderungen auf den Freistaat zukommen, auf die die richtigen Antworten gegeben werden müssten.



Vor allem die Energiewende sei eine Großaufgabe. Als Staatsministerin, die gewissermaßen für vier „Ressorts“ zuständig ist, sei sie derzeit hauptsächlich als Energieministerin unterwegs. Aber eine gelungene Wirtschaftspolitik sei ohne eine gelungene Energiepolitik nicht möglich. Sie sei ein zentrales Element der „Standortpolitik“. Unternehmen sollen in Bayern bleiben, und attraktive Rahmenbedingungen sollen dafür sorgen, dass sich weitere ansiedeln. Ihr vordringliches Ziel bei der Energiewende ist bezahlbarer, sicherer und sauberer Strom. „Das ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“, unterstrich sie. Beim „Energiedialog Bayern“, den die Staatsregierung Anfang November gestartet habe, sei ihr die Stimme der Wirtschaft außerordentlich wichtig.

Soziale Marktwirtschaft und „German Mittelstand“

Mit Sorge betrachtete Bayerns Wirtschaftsministerin Strömungen, die die Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland aushöhlen. Sie wandte sich gegen die Vorstellung von einem Staat, der „alles im Detail regelt“. Sie sei eine Verfechterin des

Ludwig Erhardschen Verständnisses von Ordnungspolitik: Ein starker Staat müsse den Rahmen setzen. Innerhalb dieses Rahmens werde verantwortliches Unternehmertum auf der Basis von Markt und Wettbewerb in unternehmerischer Freiheit tätig.

Mittelstand und Unternehmertum seien Garant dafür, dass eine Soziale Marktwirtschaft funktioniere, so die Staatsministerin: „German Mittelstand“ sei weltweit ein Begriff. Er stehe für Fleiß, Pioniergeist, Kreativität, soziale und Eigenverantwortung.

Genau diese Eigenverantwortung forderte Aigner im Übrigen auch von den EU-Ländern. Auch ihr bereite die Niedrigzinspolitik der EZB Sorgen, die auf dem Rücken der Sparer ausgetragen werde.

Mehr Rückenwind für die kleinen und mittleren Unternehmen

Der Mittelstand brauche mehr Rückenwind, so die Ministerin. Wie Götzl plädierte auch sie für die Wiedereinführung der degressiven Afa und die Abschaffung der kalten Progression. Letztere solle bis zum Ende der Legislaturperiode durchgesetzt werden. Zudem forderte sie eine steuerliche Förderung bei energetischen Gebäudesanierungen. Nur ein Euro Förderung würde acht Euro an Investitionen auslösen.

Beim Thema Erbschaftssteuer warte sie auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts am 17. Dezember 2014. „Wir werden die Entscheidung akzeptieren“, sagte Aigner. „Wir wollen aber eine Betriebsbesteuerung weitgehend verhindern.“ Zum eingeführten Mindestlohn und zur Rente mit 63 stand Ministerin Aigner. Dies sei der Preis für die Bildung der Großen Koalition und die Verhinderung von Rot-Rot-Grün gewesen. Um hinzuzufügen: „Nun ist es aber genug“!

International setzt Aigner weiter auf die Qualitätsmarke „Made in Germany“. Deutsche Produkte seien zwar insgesamt etwas teurer; umso mehr käme es darauf an, „besser und innovativer“ zu sein. Sie warnte auch: Andere Staaten holen auf: „China hat erstmals mehr Patente angemeldet als Deutschland. Die sind hungrig.“ Diesen Wettbewerb müsse unser Land entschlossen annehmen.

Ressourcen habe Deutschland dafür mehr als genug, so Aigner. Nur müssen wir das Potential besser ausschöpfen – allen voran die Chancen, welche die Digitalisierung mit sich bringe: „Das Smartphone kam erst vor rund sieben Jahren auf den Markt. Heute hat fast jeder eins“, erklärte die Staatsministerin. Man könne sich heute noch gar nicht

vorstellen, was mit der Digitalisierung noch auf uns zukomme. Laut einer Studie seien Umsätze von 700 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren möglich.

Vorreiterrolle Bayerns

Aigner sieht Bayern auch bei der Digitalisierung in einer Vorreiterrolle. „Wir wollen die Treibenden des Fortschritts sein, nicht die Getriebenen.“ Der Freistaat stelle für schnelles Internet Fördermittel in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung, das deutschland- und europaweit finanzstärkste Paket. Mit diesen Investitionen will sich Bayern der Konkurrenz aus den USA, Israel und Asien stellen. „Wir wollen die besten Köpfe bei uns haben“, betonte die Staatsministerin. Bei der Digitalisierung dürfe aber auch das Thema digitale Sicherheit nicht vernachlässigt werden.

Um sich im internationalen Vergleich oben zu etablieren, müsse die Politik auch neue Wege gehen, so Aigner. Dazu zähle die Initiative „Gründerland Bayern“. Man müsse Zukunftstrends aufgreifen und den Existenzgründern nicht nur steuerlich weiterhelfen. Die Staatsministerin appellierte ans Publikum: „Die Gründer brauchen starke Netzwerke.“

Ein weiterer Punkt sei es, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. In den nächsten Jahren werde eine „Fachkräftelücke“ entstehen, befürchtete die Staatsministerin. Deswegen investiere Bayern rund 30 Millionen Euro pro Jahr in die berufliche Bildung. So sollen es Studienabbrecher, Migranten oder Ältere leichter haben, in Berufe einzusteigen.

Innovationen sind überlebenswichtig

Als Gastredner aus der Wirtschaft ergriff der Aufsichtsratsvorsitzende der BMW AG und Gründungspräsident von Acatech, Prof. Dr. Ing. Joachim Milberg, das Wort. Milberg referierte über „nachhaltiges Wachstum durch Innovationen – Wie Deutschland auch in Zukunft ein starker Industriestandort bleibt“.

Dieses Thema sei aus seiner Sicht überlebenswichtig: „Die Zukunft ist da, wo Innovationen ernst genommen werden.“, so der BMW-AR-Chef. Man dürfe sich nicht von Ri-

siken abschrecken lassen. Die Chancen sind es, die „handlungsleitend“ sein sollten.

In den vergangenen Jahren schwankte der Industrieanteil am BIP hierzulande zwischen 20 und 25 Prozent. Auch mit Blick auf die Steuereinnahmen sei das ein wichtiger Wert, so Milberg und fügte hinzu: „Wohlstand kann nur durch echtes, organisches, substantielles Wachstum erreicht werden.“ Der Dienstleistungssektor alleine könne das nicht bewirken. Wie Wachstum entsteht, schlüsselte er in einer einfachen Rechnung auf: Bildung fördere kluge Köpfe, das führe zu Beschäftigung und Innovationen. Daraus entstünden wiederum Wettbewerbsvorteile sowie Wachstum und letztendlich Wohlstand.

Vor allem die IT-basierte Wirtschaft werde immer wichtiger. Laut einer Studie der US-amerikanischen Elite-Universität MIT verfüge Deutschland über die leistungsfähigsten Industrien weltweit. Doch die größten IT-Innovationen entstünden in den USA, im Silicon Valley, mahnte der BMW-Aufsichtsratsvorsitzende. Aus diesem Grund forderte er eine „leistungsfähige IT-Struktur“ und, damit verbunden, Breitbandnetze. Dennoch glaubt er: „Deutschland ist auf Industrie 4.0 gut vorbereitet.“

Drei „M“ der Innovationen: Moneten, Menschen, Mentalität

Wirtschaft und Politik müssten verstärkt auf Innovationen setzen, forderte Milberg. Diese würden über „Aufstieg und Fall von Industrien“ entscheiden. Dabei müsse man die Angst vor Innovationen ablegen: „Viele denken bei dem Begriff Innovation an das Alte, das von dem Neuen abgelöst wird.“ Doch viel mehr sollten die Chancen im Vordergrund stehen. Innovationen seien keine Ablösung des Alten, sondern eher deren „kreative Zerstörung“. Die Innovationsträger seien hier in der Bringschuld, aufzuklären und Ängste in der Gesellschaft abzubauen und zu verhindern.

Für Innovationen brauche es Mut, Selbstvertrauen und Durchsetzungsvermögen – was sich am Ende lohnen wird, betonte Milberg:

„Es wird Geld ins Wissen gesteckt und aus diesem Wissen entsteht wieder Geld.“ Drei „Ms“ seien für Innovationen notwendig: „Moneten“, Menschen, Mentalität.

Erstens: Für Innovationen werde Geld benötigt. 2011 wurden 5,0 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben. Deutschland lag damit knapp unter dem OECD-Durchschnitt von 5,6 Prozent. Zu wenig, fand Milberg: „Ist Durchschnitt gut genug für uns? Ich glaube nicht!“

Zweitens: Fachkräfte sorgten für Innovationen. Nur mangle es derzeit an Menschen mit den geeigneten Qualifikationen und vor allem am Nachwuchs. Trotz gestiegener Nachfrage sei deren Zahl nur geringfügig höher als vor rund 20 Jahren.



Prof. Dr. Ing. Joachim Milberg

Milberg befürchtete, dass sich dieses Problem noch verschärfen wird. Die Zahl der 25-Jährigen in Deutschland sinkt bis 2060 laut einer Studie kontinuierlich. Die Folge: „Die Köpfe und Ideen fehlen.“ Man müsse sich deshalb intensiver um Fachkräfte aus dem Ausland bemühen.

Drittens: Milberg stellte darüber hinaus die Mentalitätsfrage: „Wir leben in keiner Entweder-oder-Gesellschaft, sondern in einer Sowohl-als-auch-Gesellschaft.“ Wirtschaft und Politik müssten sich auf die Bedürfnisse mehrerer Akteure einstellen, so der BMW-Aufsichtsratsvorsitzende. Nur wenn sich a) wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand, b) kollektive und individuelle Bedürfnisse sowie c) Umweltschutz, Klimaschutz und Schonung der Ressourcen in einer Balance befänden, führe das zu akzeptierten Innovationen.

Trotzdem: „Deutschland ist eine starke Marke“, resümierte der BMW-Aufsichtsratsvorsitzende. Damit es so bleibt, müsse das Land auch zukünftig aktiv auf Innovationen setzen. Er schloss mit dem Satz des Nachmittags: „Die Zukunft kommt von alleine, der Fortschritt nicht.“

ANDREAS MACIEJEWSKI





Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das alte Jahr klingt aus. Wie immer ist manches anders gekommen, als ursprünglich erhofft und geplant. Alte Herausforderungen wie die vielen ungelösten Fragen der Energiewende haben uns weiter begleitet. Neue Probleme ungeahnter Art sind hinzu gekommen. Das gilt vor allem für die geopolitische Lage, die sich mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim, der Krisensituation in der Ostukraine und der Entstehung des Islamischen Staats auf syrischem und irakischem Boden deutlich verschlechtert hat.

Gesamtwirtschaftlich war 2014 eher eine kleine Enttäuschung. Die Wachstumsprognosen mussten auf breiter Front zurückgenommen werden. Bemerkenswert freilich, dass dies auf den Arbeitsmarkt keinen negativen Einfluss hatte: Die Beschäftigung hat neue Rekordhöhen erreicht, die Arbeitslosigkeit ist auf Tiefstände gesunken. Glückliches Deutschland, noch glücklicheres Bayern, verglichen mit vielen anderen Regionen Europas, die aufgrund hoher zweistelliger Arbeitslosenraten mit wachsenden sozialen Spannungen kämpfen.

Für die Arbeit des Wirtschaftsbeirats ist eine positive Bilanz zu ziehen. Wir haben in den Fachausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken über 110 Veranstaltungen bayernweit zu aktuellen Themen unterschiedlichster Art durchgeführt – angefangen bei der Energiepolitik, über das geplante Transatlantische Freihandels- und Investitionspartnerschaftsabkommen (TTIP), bis hin zu den politischen Implikationen des demografischen Wandels. Das ist neuer Rekord.

Der Wirtschaftsbeirat pflegt und fördert den Dialog von Wirtschaft und Politik. Das ist sein Daseinszweck seit seiner Gründung.

- Wir haben Politikern aller Ebenen auch 2014 wieder Plattformen geboten, ihre Ziele, Konzepte und Maßnahmen vor tausenden von Mitgliedern und Gästen darzulegen, wenn ich alles zusammenrechne.
- Unsere Mitglieder hatten umgekehrt Gelegenheit, sich aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen informieren zu lassen.
- Wir haben auf unterschiedlichen Wegen Einfluss genommen auf die Politik. Ich greife als Paradebeispiel nur unser Papier zur „Freiwilligen Spätrente“ heraus, in dem wir konkrete Vorschläge unterbreitet haben, die Weiterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer über die gesetzliche Altersgrenze hinaus zu erleichtern. Vieles davon findet sich in der aktuellen Diskussion um die „Flexirente“ wieder. Unser Anspruch ist es, konstruktiv zu sein und uns nicht in Kritik zu erschöpfen.
- Auch der gesellige Aspekt – neudeutsch Networking – ist beim Wirtschaftsbeirat nicht zu kurz gekommen. Die kleinen Empfänge nach den Veranstaltungen haben Gelegenheit zu vielen persönlichen Gesprächen geboten, nicht zuletzt mit den Referenten.

Offenkundig ist unsere Arbeit überzeugend. Binnen Jahresfrist haben wir über 100 neue Mitglieder gewinnen können. Meinen ausführlichen Geschäftsbericht finden Sie auf unserer Homepage.

Die großen Neuwahlen zu allen Gremien haben bereits im letzten Jahr stattgefunden. Die diesjährige Mitgliederversammlung am

24. November hat deshalb nur über die Neubesetzung einiger weniger Vorsitze entschieden. Prof. Dr. Claus Berg (Bezirk Regensburg), Adolf Dingreiter (Bezirk Rosenheim), Dr. Peter Thelen (Medienausschuss) haben sich aus Altersgründen zurückgezogen. Max Fallthäuser (Junger Wirtschaftsbeirat) ist in den Planungsstab von Frau Hasselfeldt in Berlin eingetreten. Für sie sind als neue Vorsitzende einstimmig gewählt worden: Anton Staudinger, Geschäftsführer der TCM Klinik in Bad Kötzing (Regensburg), Andreas März, Geschäftsführer Andreas März GmbH (Rosenheim), Prof. Wolfram Winter, Executive Vice President Sky Deutschland AG (Medien) und Vinzent Ellissen, Geschäftsführer Ellissen Consulting GmbH (Junger Wirtschaftsbeirat). Ich danke den scheidenden Vorsitzenden auch an dieser Stelle noch einmal sehr herzlich für ihre langjährige engagierte ehrenamtliche Arbeit. Auf die Zusammenarbeit mit den neuen Vorsitzenden freuen wir uns.

Den öffentlichen Teil der Generalversammlung haben wir dem Gedenken an Dr. Georg Haindl gewidmet, der den Wirtschaftsbeirat der Union e.V. 1948, also im Jahr der Währungsreform, zusammen mit Dr. Josef Müller, dem damaligen CSU-Vorsitzenden, aus der Taufe gehoben hat. Am 1. Dezember hat sich sein 100. Geburtstag gejährt. Von Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Prof. Dr. Joachim Milberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats von BMW, und unserem Vizepräsident Prof. Dr. Stephan Götzl haben wir richtungsweisende Vorträge darüber gehört, wie wir wettbewerbsfähig bleiben. Um sie mit Milberg auf den Punkt zu bringen: „Die Zukunft kommt von allein, der Fortschritt nicht“.

In diesem Sinn wünscht Ihnen das Team vom Odeonsplatz gesegnete Weihnachtsfeiertage und ein glückliches Neues Jahr. 2015 kommt von allein. Möge es Ihnen allen auch die erhofften unternehmerischen und privaten Fortschritte bringen!

Herzlichst
Ihr
JÜRGEN HOFMANN

Musik war sein Leben
Richard Tauber

Von **BR** als Geschenkipp zu Weihnachten empfohlen: „RICHARD TAUBER - Weltstar des 20. Jahrhunderts“, Autor: Martin Sollfrank
Weltbuch-Verlag, ISBN: 978-3-906212-05-0
Buch, gebunden, 568 Seiten, zahlreiche Fotos,
erschienen: Sept. 2014, 1. Auflage, 34,90 Euro.
Kostenfreie Lieferung über www.weltbuch.com/buch

Ausführliche biografische Dokumentation eines Weltstars des 20. Jahrhunderts, mit einem Vorwort von Stefan Frey



MARKUS BLUME, MDL

Es ist erst gut zwanzig Jahre her, dass der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft das „Ende der Geschichte“ ausgerufen hatte. Aber schon mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise wurde klar, dass dies nicht gleichbedeutend ist mit dauerhafter Stabilität und konstantem Wachstum. Heute, am Ende des Jahres 2014, sehen wir, dass unsere Weltordnung an vielen Stellen herausgefordert ist, durch Kriege und Gewalt, durch neu aufkommende Wirtschaftsgrößen wie China, aber auch durch radikale technologische Entwicklungen. So erscheint es an der Zeit, sich mit dem Bild von Deutschland als „Wohlstandsinsel“ und Bayern – in der bekannten Steigerung – als „Vorstufe zum Paradies“ auseinanderzusetzen: Nicht, weil die Attribute falsch wären, sondern um zu verhindern, dass sich daraus eine geistige Grundhaltung ableitet, die nur noch auf Bewahren und nicht mehr auf Gestalten gerichtet ist.

Wir stehen vor einem Zeitalter von Disruption und Diskontinuität

Vielleicht muss man es sogar noch drastischer formulieren: Nie war unser Wohlstandsniveau mehr gefährdet, selten war die Politik mehr gefordert, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen. Anlass für diese Einschätzung ist die alarmierende Beobachtung, dass im Moment verschiedenste Entwicklungen zusammenlaufen, von denen schon jede für sich als „disruptiv“ zu bezeichnen ist, danach also nichts mehr so ist, wie es vorher war. Diese massiven Strukturbrüche sind deshalb gefährlich, weil sie zunächst schleichend und als höchst unwahrscheinliche Ereignisse daher kommen, genauso wie der „schwarze Schwan“ im gleichnamigen Buch des Publizisten und Börsenhändlers Nassim Nicholas Taleb. Eine kleine Kostprobe:

- **„Alles digital“:** Die Digitalisierung ist dabei, sämtliche Spielregeln für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft fundamental zu verändern. Etablierte Geschäftsmodelle werden durch neue Gründer und „Big Data“ gleichermaßen auf die Probe ge-

Zukunftsantworten statt Zukunftsangst

Warum nichts so bleiben wird, wie bisher.

stellt; Gemeinwesen und Staat sehen sich mit schwierigsten Abwägungen zwischen dem Zulassen von Chancen und notwendigen Grenzziehungen konfrontiert; und praktisch alle Bereiche – vom Bildungssystem bis zum Gesundheitswesen – erleben einen Modernisierungsschub.

- **„Globales Monopoly“:** Die globalisierte Welt kennt scheinbar keine Grenzen mehr und genügt universalen Prinzipien. Tatsächlich erleben wir eine Neo-Geopolitik, mit deren Hilfe Märkte abgesteckt und de-facto-Spielregeln durchgesetzt werden. Und getrieben von der Digitalisierung hat zusätzlich eine Monopolisierung von vielen Wertschöpfungsketten eingesetzt, die zwar neue Geschäftsmodelle zum Teil erst ermöglicht, gleichzeitig aber zu einer noch nie gesehenen Akkumulation von Kapital (stellvertretend: Apple), Daten (Google) oder Kunden (Amazon) führt.
- **„Kampf um Ressourcen“:** Dass die Ressourcen auf der Erde endlich sind, ist nicht neu. Dass aber bisherige Grundannahmen durch die „Energiewende à la Amerika“ mit Fracking & Co. plötzlich ihre Gültigkeit verlieren und die USA eine Reindustrialisierung erleben, überrascht dann schon. Praktisch noch gar nicht eingepreist ist der „Nachfrageschock“, der von drei Milliarden Menschen zusätzlich bis zum Jahr 2030 ausgehen wird – und mit dessen Folgen wir zum Teil schon heute in Form von Flüchtlingswellen umgehen müssen.
- **„Neue Gegensätze“:** Die Konfliktlinien in der Wirtschaftswelt von morgen werden eher nicht mehr zwischen Kapital und Arbeit verlaufen, sondern vielmehr durch das Verhältnis von Mensch und Maschine bestimmt. Gerade die künftige Arbeitswelt wird sich durch die Bedeutung von Big Data, die Macht der Algorithmen und die mögliche Allmacht der großen Internetkonzerne drastisch von der heutigen unterscheiden.

Wir müssen die gedanklichen Leitplanken in die Zukunft verlängern

Es gehört nun nicht viel Vorstellungskraft dazu, um zu sehen, dass diese Entwicklungen den Standort Deutschland und Bayern in besonderer Weise berühren – und ein einfaches „weiter so“ sicherlich nicht ausreicht zu verhindern, dass im schlimmsten Fall Disruption in Strukturschwäche mündet. Klar ist aber auch: Zukunftsangst ist ein noch schlechterer Ratgeber. Stattdessen kommt es jetzt darauf an, die richtigen Fragen zu stellen und dafür auch Antworten zu finden. Ein erster Versuch:

- **Wie können wir eine wertgebundene Weltordnung bewahren?** Das Vertrauen auf Institutionen wie UNO, WTO und EU ist gut, TTIP ist besser. In der Kürze mag dies provokant erscheinen, faktisch sind die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa die bedeutendste geopolitische Weichenstellung für Deutschland. Es geht eben nicht um die Frage „Chlor-Hühnchen“ versus „Salmonellen-Huhn“, sondern um die vielleicht letzte Möglichkeit, weltweit Standards zu setzen, die unserem Wertekanon genügen – und nicht später nach asiatischen Vorschriften mitspielen zu müssen.
- **Welche Spielregeln brauchen wir für die Marktwirtschaft in Zukunft?** Ich behaupte: alte Spielregeln für eine neue Zeit! Eine Renaissance der Ordnungspolitik im Sinne Ludwig Erhards würde uns an vielen Stellen die notwendige Orientierung geben, die Leitplanken der Sozialen Marktwirtschaft problemlos ins digitale Zeitalter zu verlängern und das Verhältnis von Staat und Privat richtig zu justieren.
- **Was hält uns künftig zusammen?** Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ändert sich rasant, schon heute hat jeder zweite Grundschüler in Bayerns Metropolen Migrationshintergrund. Umso wichtiger ist, dass auch in Zukunft das Erhalten bleibt, was Bayern (übrigens auch als Wirtschaftsstandort!) stark macht: Identität und Zusammenhalt. Die Identitätsstiftung wird freilich nicht mehr (bloß) durch Tradition zu leisten sein, sondern durch die Art und Weise, wie man teilhaben kann am Gemeinwesen – durch Bildung, Aufstiegschancen und politische Partizipation.

Damit wir uns am Ende richtig verstehen: Es geht uns in Bayern und Deutschland so gut wie nie zuvor. Aber wenn wir wollen, dass dies so bleibt, dann müssen wir uns bewegen und offen der Zukunft stellen. Etwas bewahren zu wollen, bedeutet sich enorm verändern zu müssen. Die CSU hat sich mit der neuen Kommission für Grundsatzfragen und Programm deshalb auf den Weg gemacht: nicht nur ein neues Grundsatzprogramm zu formulieren, sondern mehr noch der weit verbreiteten Ablehnungshaltung gegenüber allem, wo Fortschritt darauf steht, einen verantwortbaren Gesellschaftsentwurf für die Zukunft entgegen zu stellen, mit klaren Leitplanken und einem festen Fundament.

MARKUS BLUME, MDL
Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

6. November – Ausschüsse für Steuer- und Finanzpolitik und Europapolitik

Zu einer gemeinsamen Veranstaltung ihrer Ausschüsse mit dem Bund der Steuerzahler in Bayern hatten die Vorsitzenden Rolf von Hohenhau und Dr. Ingo Friedrich eingeladen. Der Frage „Quo Vadis Europa?“ Einnahmen- und Ausgabenpolitik auf dem Prüfstand“ stellte sich Klaus-Heiner Lehne, Mitglied des Europäischen Rechnungshofes. Johannes Hintersberger, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, umriss die bayerische Finanzpolitik auf der Grundlinie „sparen, Schulden tilgen und investieren“ in den kommenden Jahren.



Foto v.l.n.r.: Michael Jäger, Rolf von Hohenhau, Klaus-Heiner Lehne, Dr. Ingo Friedrich, Johannes Hintersberger, Dr. Jürgen Hofmann

7. November – Bezirk Passau



Betriebsbesuch unter der Leitung von Bezirksvorsitzendem Rudi Fellner bei „mymuesli“, einem der erfolgreichsten Startup-Unternehmen der Region. Max Wittrock, einer der Gründer, führte durch das junge Unternehmen und informierte über die Geschichte von „mymuesli“.

8. November – Bezirk Inn/Salzach

„Ein Jahr nach den Wahlen“ – Vorsitzender Dr. Willi hatte ein Großaufgebot von Mandatsträgern aus dem Bundes- und Landtag aus dem Bezirk für einen politischen Frühschoppen im Gasthof Schwarz in Hohenwart gewinnen können. Moderiert von Erwin Schwarz, Regionalleiter der Oberbayern-Presse-GmbH, diskutierten Ingrid Heckner, MdL; Staatsminister Dr. Marcel

Huber, MdL; Dr. Martin Huber, MdL; Günther Knoblauch, MdL; Stephan Mayer, MdB und Tobias Zech, MdB, über zentrale Anliegen der Region. Der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur wurde dabei ebenso thematisiert wie Bildungsfragen und die Energiewende.



Foto: Dr. Willi Kleine (links, stehend), Podium v.l.n.r.: MdB Tobias Zech, Staatsminister Dr. Marcel Huber, MdB Stephan Mayer, MdL Ingrid Heckner, MdL Dr. Martin Huber, MdL Günther Knoblauch

11. November – Ausschuss Außenwirtschaft

Zu Gast im Außenwirtschaftsausschuss: Dr. László Parragh, Präsident der ungarischen Industrie- und Handelskammer. Eingeführt und moderiert von Bernd Pantze, stellvertretender Ausschussvorsitzender, referierte der Präsident im Hotel Cristal in München über „Ziele und Erfolge der ungarischen Wirtschaftspolitik – Perspektiven der Unternehmen“, um sich in einer regen Diskussion anschließend den Fragen der Teilnehmer zu stellen.



Foto v.l.n.r.: Generalkonsul Tamás Antal Mydlo, Bernd Joachim Pantze, Dr. Otto Wiesheu, Dr. László Parragh, Stefan Albat

12. November – Arbeitskreis Ordnungspolitik

Einer Einladung des Vorsitzenden Dr. Jürgen F. Kammer war der Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung e.V., Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, gefolgt. Sinn sprach über eine der größten Zukunftsherausforderungen – das demografische Defizit, seine Ursachen, seine Folgen und die Antworten, die darauf von der Politik gegeben werden müssen. Vor vollbesetzter Palaishalle im

Bayerischen Hof ließ der ifo-Chef in seinem prägnanten Vortrag keinen Zweifel daran, dass Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in 15 Jahren mit dem Eintritt der „Babyboomer“ in die Rente auf eine außerordentlich harte Belastungsprobe gestellt werden.



Foto (GG) v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Prof. Dr. Hans-Werner Sinn, Dr. Jürgen F. Kammer

13. November – Ausschuss für Mittelstandspolitik

Dem Thema „Wirtschaftsspionage heute“ war eine gemeinsame Veranstaltung des Mittelstandsausschusses und des Bezirks Rosenheim des Wirtschaftsbeirats mit dem quarter club Rosenheim e.V. gewidmet. Im Porsche Zentrum Inntal sprach Florian Seitner vom Cyber-Allianz-Zentrum des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz über moderne Bedrohungen mittelständischer Unternehmen aus dem Netz und Möglichkeiten, sich dagegen zu schützen. Vorsitzender Alexander Lerch leitete die sehr gut besuchte, informative Veranstaltung.



Foto v.l.n.r.: Florian Seitner, Ralf Pietig, Vorstandsmitglied des quarter club Rosenheim, Alexander Lerch

13. November – Bezirk München

Bei einem Empfang für Neumitglieder in der Schrannehalle konnte Bezirksvorsitzender Hans Hammer zahlreiche Gäste begrüßen, die im Laufe des Jahres dem Wirtschaftsbeirat beigetreten sind. Der ebenfalls anwesende Präsident Dr. Otto Wiesheu ließ es sich nicht nehmen, kurz das Wort zu ergreifen und auf die Fragen zu antworten: „Was kann, >>



>> was will und was soll der Wirtschaftsbeirat Bayern?“. Anschließend bot sich den Neumitgliedern Gelegenheit, in geselliger Atmosphäre mit weiteren Unternehmern, Führungskräften und Ehrengästen des Wirtschaftsbeirates ins Gespräch zu kommen.

18. November – Bezirk Inn/Salzach

Vorsitzender Dr. Willi Kleine hatte im Gästecasino der Wacker Chemie AG das Thema: „Aktuelle energiepolitische Entwicklungen aus bayerischer Sicht“ auf die Tagesordnung gesetzt. Für das Chemiedreieck ist und bleibt eine sichere und bezahlbare Energieversorgung von vitalem Interesse. Dr. Ulrike Wolf (Foto), die neue Leiterin der Abteilung Energiepolitik und Energieinfra-



struktur im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, stand kompetent Rede und Antwort.

28. November – Ausschuss Bildung und Wissenschaften

Einen Besuch der Forschungs-Neutronenquelle Heinz Maier-Leibnitz (FRM II) in Garching hatte der Vorsitzende des Ausschusses für Bildung und Wissenschaften, Prof. Dr. Thomas Hofmann, ermöglicht. Die Neutronenquelle wurde im Rahmen der High-Tech-Offensive der Bayerischen Staatsregierung errichtet und 2004 in Betrieb genommen. Sie ist ein Leuchtturmprojekt von internationalem Rang. Die Teilnehmer ließen sich in Vorträgen und Führungen durch den Reaktor von seiner großen wissenschaftlichen, technischen und medizinischen Bedeutung überzeugen.



Foto (GG): Prof. Dr. Winfried Petry, Wissenschaftlicher Direktor des FRM II

1. Dezember – Bezirk München und Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft

Der Bezirk München und der Arbeitskreis Gesundheitswirtschaft zu Gast im Gesundheitszentrum Freiham. Bayerns Staatsministerin für Gesundheit und Pflege, Melanie Huml, und Dr. Johannes Zwick, Vorsitzender des AK Gesundheitswirtschaft und des Aufsichtsrats der Johannesbad Kliniken, referierten unter der Leitung von Hans Hammer über die Zukunft der Gesundheitsver-

sorgung. Ihre Ausführungen mündeten in eine angeregte Diskussion.



Foto v.l.n.r.: MdL Bernhard Seidenath, Staatsministerin Melanie Huml, Hans Hammer, Dr. Johannes Zwick

2. Dezember – Junger Wirtschaftsbeirat

Unter dem BMW Vierzylinder – umringt von Mitgliedern des Jungen Wirtschaftsbeirates – der BMW i8. Angeführt von Dr. Marc Tenbücken (Foto 3. v. links) war der Junge Wirtschaftsbeirat zu Gast bei BMW, um mehr über das neue umfassende Konzept für nachhaltige und zukunftsweisende Mobilität „BMW i“ zu erfahren. Frank Strebe, BMW Unternehmenskommunikation, und Dr. Julian Weber, Leiter Innovationsprojekte E-Mobilität BMW Group, begrüßten und informierten die Teilnehmer.



KOMPASS

Anzeigen bringen Kontakte!

INFORMATIONEN

Auflage: 3.000 Exemplare
Umfang: 4-8 Seiten A4
Erscheint: 11 Ausgaben pro Jahr
Druck: 4-farbig, Bilderdruck
Rabatte: 2-6 Schaltungen: 10%
7-12 Schaltungen: 15%

*Sonderplatzierung Titelseite: mindestens 3 Schaltungen hintereinander und nicht rabattierbar.

Vertrieb: Personalisierter Versand an alle Mitglieder des WBU, ausgewählte Personen und Unternehmen/Unternehmer, Auslage zu allen Veranstaltungen des WBU sowie für Presse und Werbung.

Alle Preise zzgl. ges. MwSt. Andere Formate als oben dargestellt, sind nach Absprache möglich. Alle Datenformate für PC/Mac verwendbar. Keine Filme. Geringfügige Anzeigenerstellung gratis.

FORMATE UND PREISE

1/1 19 x 27,4 cm 1.320,- €	1/2 19 x 13,5 cm 850,- €	1/3 6 x 27,4 cm 19 x 8,8 cm 620,- €	1/4 6 x 20 cm 19 x 6,4 cm 340,- €	1/8 6 x 9,8 cm 9,2 x 6,4 cm 290,- €	*Sonderplatzierung Titelseite 19 x 3,0 cm 260,- €
----------------------------------	--------------------------------	--	--	--	---

ANZEIGENSCHALTUNG: Fax: 0351-4794245 oder E-Mail: weltbuch@mac.com

Format (Preis s.o.): 1/1 1/2 1/3 1/4 1/6 1/8 Titel

2015: 01 02 03 04 05 06 07/08 09 10 11 12 2016: Wir haben auch für 2016 Interesse

Hiermit buchen wir fest ein und/oder mehrere Anzeige(n) im angekreuztem Format und Monat.

Firma Ort/Datum

Frau/Herr.....

E-Mail Unterschrift / ggf. Stempel

Terminvorschau

22. Januar, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Raimund Röseler, Exekutivdirektor Bankenaufsicht, BaFin Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, „Deutsche Aufseher in europäischen und internationalen Gremien“

29. Januar, München

Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik: Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg und Präsident des Deutschen Städtetags, Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke München GmbH, „Energie- wende – Chance oder Existenzgefährdung kommunaler Unternehmen?“

5. Februar, München

Bezirk München: Besichtigung Brauerei im Eiswerk

19. Februar, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Prof. Dr. Martin Burgi, LMU München/ Institut für Politik und Öffentliches Recht, „Ökostromförderung – Grenzüberschreitung der Wirtschafts- und Sozialverfassung des Grundgesetzes“

23. Februar, München

Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Dr. Maximilian Gaßner, Präsident des Bundesversicherungsamts

24. Februar, München

Bezirk München: Josef Schmid, 2. Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, „Wirtschafts- und Standortpolitik für München“

27. Februar - 1. März, Spitzingsee

Junger Wirtschaftsbeirat: Skiwochenende

12. März, Beilngries

Bezirk Jurakreis: Albert Füracker, MdL,

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, „Highspeed Internet und mehr – Bayerns Zukunft als Unternehmensstandort aktiv gestalten“

18. März, München

Bezirk München: Staatsministerin Emilia Müller, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Integration; Harald Neubauer, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit München; Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, „Qualifikation von Flüchtlingen / qualifizierte Zuwanderung“

26. März, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Rudolf Staudigel, Vorstandsvorsitzender Wacker Chemie GmbH

26. März, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Prof. Dr. Key Pousttchi, Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät der Universität Augsburg, „Wie Smartphones und Big Data die Realwirtschaft verändern werden – strategische Implikationen der Digitalisierung für Deutschland und Europa“

23.- 24. April, Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Wirtschaftstage

11. Mai, München

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Dr. Carsten Linnemann, MdB

19. Juni, Fraueninsel

Bezirk Berchtesgadener Land: Frauenwörter Gespräche mit Manfred Weber, MdE

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder:

- Dr. Hans J. Wernicke, Wolfratshausen
- Dipl.-Vw. Peter Körbel, Holzkirchen
- Klaus Mühlhaeuser, Mühlhaeuser Papier-Kontor, Augsburg
- German Publishing GmbH, Daniel Schreyer, Ettal
- Dipl.-Kfm. Johannes Stempinsky, München
- Büro Hermann Steinmaßl, Fridolfing
- Spindler Dachdeckerei Spenglerei Inh. Karl Spindler e.K., Ingolstadt
- Dr. Eva Werther-Halfar, 4 success, Mindelheim
- Dr. Günter Lauerbach, Feldafing
- E & P Focus Africa Strategy Consulting GmbH, Walter Englert, Hamburg
- CE21 - Ges. für Kommunikationsberatung mbH, Dipl.-Kfm. Thomas Köhler, München
- NZP Nagy Rechtsanwälte, Laszlo Nagy, Nürnberg
- Klaus G. Förg, Rosenheimer Verlagshaus GmbH & Co. KG, Rosenheim
- Dipl.-Kfm. Mathias Wipfler, Garching
- Staatsminister a.D. Dr. Wolfgang Heubisch, München
- Dominik Petek, ProCom - Procurement & Commercial Consulting, München
- Fränkischer Weinbauverband e.V., Artur Steinmann, Würzburg
- Milchwirtschaftlicher Verein Allgäu-Schwaben e.V., Hans Epp, Kempten
- KM Strategie, Dipl.-Fw. Katharina Maurer, Füssen

Impressum:

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, T: 089-2422860, F: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss:** 02.12.2014, **Gesamtproduktion/Anzeigen:** ddmedia – Medien- und Marketingdienstleistungen, Enderstr. 59, 01277 Dresden, www.ddmedia.info



Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten



zoells.de GmbH
rund um die Uhr



Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390